

Vom Protest zum Geld

Darmstadt: Tagung über alternative Zentren

Sie spielen Theater, Kabarett oder Jazz und bieten Raum für Deutschkurse, Jugendgruppen und Bürgerinitiativen. Sie nennen sich „soziokulturelle Zentren“. „Kultur für alle“ wollen die Einrichtungen mit so schönen Namen wie „Bessunger Knabenschule“ in Darmstadt, „Das Rind“ in Rüsselsheim oder „Brotfabrik“ in Frankfurt bieten. Und nicht nur das: Im Gegensatz zum herkömmlichen Theater, in dem Besucher nur zuschauen, sollen sich möglichst viele Menschen beteiligen, selbst zu Kulturschaffenden werden.

Die aus der Studentenbewegung und dem Protest gegen eine „Hochkultur“, an der nur wenige teilnehmen, hervorgegangenen Zentren haben sich längst in Städten, aber auch kleineren Gemeinden etabliert. In Hessen sind es 30 Einrichtungen, die sich in der Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren (LAKS) zusammengeschlossen haben. Fast eine Million Zuschauer und Teilnehmer bei über 3000 Veranstaltungen im Jahr haben diese Zentren, sagt LAKS-Vorstandsmitglied Christine Knüppel. Längst werden sie staatlich gefördert. Einen 25 000 Mark teuren Kongress der Kulturszene, die in den siebziger Jahren deutlich staatsfern begonnen hat, bezahlt heute die hessische Staatskanzlei.

Überhaupt scheint es die alten Grenzen zwischen „Hochkultur“ und freier „Soziokultur“ nicht mehr zu geben: Die knapp 80 Teilnehmer des „ersten kulturpolitischen Diskurses“ der LAKS trafen sich am Samstag nicht in einer halb verfallenen Fabrikhalle, sondern im mit Kronleuchtern und Stuck verzierten Karolinsaal des Darmstädter Staatsarchivs. Als Redner war der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Lammert, ebenso gekommen wie Hermann Glaser, ehemaliger Nürnberger Schuldezernent und durch mehrere Bücher Nestor der soziokulturellen Bewegung. Einzig das unübersichtliche Layout der Einladung erinnerte die kulturpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Sarah Sorge, noch an eigene Parteiprogramme.

Bei so viel Establishment blieb von dem Protest gegen eine „verkrustete Kultur“ und dem „Aufsprengen der traditionellen Kulturagenturen“, wie Glaser die Anfänge der Bewegung nachzeichnete, kaum etwas übrig. Alle Redner waren sich einig, dass die Soziokultur schnell auf gesellschaftliche Probleme reagiere und einen Beitrag zur Integration liefert. Christine Knüppel forderte für die LAKS unwidersprochen die Verdopplung der derzeitigen 800 000 Mark Projektförderung im Landeshaushalt: „Im Vergleich zu 22 Millionen Mark, die das Land allein für das Staatstheater Kassel ausgibt, ist das nichts.“ Nötig seien eine Alterssicherung der vielen ehrenamtlich Tätigen in den Zentren und eine Struktur zur Aus- und Fortbildung: „Auch die Anleitung ehrenamtlicher Mitarbeiter braucht Hauptamtliche“, betonte Knüppel. „Mit einem Hauptamtlichen auf zwölf Ehrenamtliche können wir gesellschaftliche Probleme nicht bearbeiten.“ Insgesamt hätten die LAKS-Zentren nur dreißig hauptamtliche Mitarbeiter.

Sarah Sorge nannte 1,5 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt „nicht unrealistisch“. Der Forderung einer „Basisfinanzierung für die soziokulturellen Zentren“ des medienpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Michael Siebel, widersprach auch die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Eva Kühne-Hörmann, nicht: Die LAKS müsse nur zuerst Ziele für ein mögliches Infrastrukturprogramm der Landesregierung benennen. Dazu gehörten Kriterien, nach denen das Geld an die Zentren verteilt werden solle.

Bei so viel Einigkeit – „es gibt eine Fraktion der Kulturpolitiker aller Parteien“, hatte Sorge formuliert – war es erstaunlich zu hören, dass es lokal nicht nur am Geld mangelt: „Die Zentren werden oft nicht in die Internetseiten und Broschüren ihrer Städte aufgenommen“, klagte Christine Knüppel. Wenn „Politik nicht für die Kultur verantwortlich ist, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet“, wie Lammert formuliert hatte, sind auch diese noch verbesserungsbedürftig.